

Die „Sächsische Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tags vorher Nachm. 4 Uhr. Abonnement-Preis vierteljährlich 1 Mf. 50 Pf., monatlich 1 Mf., einmonatlich 50 Pf.

Einzelne Nummern 10 Pf.

Postzeitungsbestelliste 6337.

Alle Postanstalten,

Postboten, sowie die

Zeitungsträger nehmen stets

Befehlungen auf die

„Sächsische Zeitung“ an.

Sächsische Zeitung.

Amtsblatt

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

Mit „Illustrirt. Sonntagsblatt“.

Mit humor. Beilage „Heisenblaten“.

Mit „Landwirthschaftl. Beilage“.

Inseraten-Annahmestellen: In Schandau: Expedition Baulenstraße 131, in Hohnstein: bei Herrn Stadtkassirer Reinhard, in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Büros von Haase & Vogler Invalidenbank und Rudolf Mosse, in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und in Hamburg: Käroly & Liebmann.

Nr. 17.

Schandau, Dienstag, den 8. Februar 1898.

42. Jahrgang.

Sächsischer Landtag.
Die erste Kammer nahm am Donnerstag Decret Nr. 24, betr. den Gesetzentwurf über die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches und über das Einführungsgesetz in Schlussberatung. Nach langer juristischer Debatte genehmigte die Kammer die 54 Paragraphen enthaltende Vorlage fast unverändert nach dem Regierungsentwurf, nur bei § 3 wurde eine unwesentliche Änderung vorgenommen. Am Freitag wurden Petitionen erledigt.

Die zweite Kammer beriet am Donnerstag die Kapitel 38—41 des Staatshaushalt-Etats für 1898/99, betr. das Departement der Justizverwaltung, in leichter Leitung. Die sämtlichen Kapitel wurden unverändert genehmigt. Bei Kap. 38 (Justizministerium, nebst Kanzlei und Spordelskasse) entpann sich eine längere Debatte ziemlich lebhaften Charakters. Die Redner von der sozialistischen Seite, die Abgeordneten Fräßdorf, Goldstein und Hofmann brachten in gewohnter Art eine Masse von Alagen und Beschwerden gegen die sächsische Justizpflege vor. Im Besonderen konnte sich in diesen Jeremiaden der Abgeordnete Fräßdorf gar nicht genug thun; er beschuldigte die sächsischen Behörden, gegen die Sozialdemokratie viel willkürlicher und ungerechter vorzugehen, als gegen die bürgerlichen Parteien, und kritisierte namentlich die Handhabung des sogenannten Unfruchtparagraphen, des § 360, Abs. 11 ungemein abschlägig. Schließlich betrafte der Redner die allgemeine Handhabung der Juiz und beprach hierbei auch wiederum den bekannten Fall des gefesselten sozialdemokratischen Redacteurs Schulze. Die Abgeordneten Goldstein und Hofmann unterstützten diese Ausführungen ihres Parteigenossen lebhaft und nachdrücklich, aber ebenso energisch wurden die offensären Übertriebungen der sozialistischen Redner von den Abgeordneten Opitz (cons.) und Dr. Schill (nat.-lib.) zurückgewiesen, und dasselbe geschah in gleicher entschiedener Weise vom Regierungsvorsteher, Justizminister Dr. Schurig, der speziell die Auslassung des Abgeordneten Fräßdorf über den Fall Schulze als fast in allen Punkten aufgebaut und unzutreffend charakterisierte. Nach einer Bemerkung des Abgeordneten Uhlmann-Stollberg als Referenten gegen Abg. Goldstein wurde Kap. 38 bewilligt. Bei Kap. 40 (Amtsgerichte, Landgerichte, Staatsanwaltschaften) gelangte ein Antrag des Abgeordneten Dr. Schill, die hierzu vorliegenden Petitionen von Beamten verschiedener Amtsgerichte und Landgerichte, Amtshauptmannschaften u. s. w., sowie von Pol- und Steuerbeamten in Dresden um Wohnungsgeldzuschüsse der Regierung zur Kenntnahme zu überweisen, mit 28 gegen 24 Stimmen zur Annahme. Am Freitag erledigte die Kammer Petitionen.

Politisches.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Bülow, ist in den letzten Tagen des Oesterreich zu längeren Verträgen vom Kaiser empfangen worden, so auch wieder am Freitag. Diese häufigen Konferenzen des Kaisers mit dem verantwortlichen Leiter der Auswärtigen Politik des Reiches bestanden, daß der Monarch den schwedenden auswärtigen Fragen augenblicklich ein erhöhtes Interesse widmet; im Speziellen dürfte die sich erneut aufzuweisende kretische Frage bei den stattgehabten jüngsten Vorträgen des Staatssekretärs v. Bülow beim Kaiser vorwiegend behandelt worden sein. Im weiteren Verlaufe des Freitag wohnte der Kaiser einer Sitzung des am 3. Februar zusammengetretenen preußischen Bundes-Delomite-Collegiums bei. Abends zeichnete er ein vom Handelsminister v. Hammerstein gegebenes Diner durch seine Teilnahme aus.

Das vom Bundesrat in seiner letzten Plenarsitzung beschlossene Verbot der Einfuhr von frischem Obst, Obstsaft und lebendem Pflanzen aus Amerika nach Deutschland erfährt im „Reichsanzeiger“ eine längere Begründung. In derselben wird auf die nachgewiesene außerordentliche Schädlichkeit der amerikanischen Schildlaus, der sogenannten San-José-Schildlaus, hingewiesen, welches Insekt vor Allem Zweige, Früchte und Blätter von Obstbäumen befällt, seine Nahrung schließlich aber auch auf gewissen Laubbäumen und Blumen findet. In Amerika selbst ist, wie die betreffende Mittheilung des „Reichsanzeigers“ weiter hervorhebt, die große Gefahr, welche dieses gefährliche und sich stark vermehrnde Insekt dem Obstbau und der Gartenwirtschaft bringt, durch die von ihm auf weiten Strecken hervorgerufenen Verheerungen der Obstbaumsschulen und Obstplantagen festgestellt worden, so daß in den einzelnen Bundesstaaten schon mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Schildlaus vorgegangen worden ist. Nun haben wissenschaftliche Autoritäten die erfolgte Einschleppung der amerikanischen Schildlaus an in Hamburg aus Amerika eingetroffenen Birnen nachgewiesen, es mußte daher von der Reichsregierung zum Schutz des deutschen Obstbaus gegen die ihm von Amerika aus drohende Verfeuchungsgefahr schleunigst entgegengetreten werden, was zunächst durch den Erlass des gegebenen Verbotes geschehen ist, welchem Schritte dann noch weitere Anordnungen bezüglich der Schildlausgefahr für das

Inland nachfolgen sollen. Gemildert wird die ergangene Regierungsmahnung, welche die zahlreichen Confitumenten des billigen amerikanischen Obstes in Deutschland empfindlich genug trifft, durch die Bestimmung, daß nur solches frisches Obst aus Amerika, an welchem sich die Schildlaus bei der Untersuchung an der Importgrenze vorfindet, nicht zugelassen werden darf. Die Einfuhr gedörrten amerikanischen Obstes wird von dem Verbot nicht berührt.

Der Reichstag setzte am Freitag die Tags zuvor begonnene Beratung des Post-Etats fort. In der Hauptsache drehten sich die Verhandlungen um den Antrag der Budgetcommission, die im Post-Etat geforderte Gehaltsförderung für den Staatssekretär des Reichspostamtes von 24,000 Mf. auf 30,000 Mf. zu streichen; bekanntlich soll diese Gehaltszulage Herrn von Podbielski erst dann bewilligt werden, wenn auch die Gehälter der unteren Postbeamten eine Aufbesserung erfahren. Zu Gunsten des Commissionsantrages sprachen sich die Abgeordneten Singer (soc.), Lenzmann (freis. Volksp.), Liebermann von Sonnenberg (Antis.), Müller-Hulda (Centrum) und Schmidt-Frankfurt a. M. (soc.) aus, während der Conservative v. Levetzow die Gehaltsförderung befürwortete. Daneben kamen auch wieder die Fragen der Sonntagsruhe der Postbeamten, der Einschränkung der Rechte der Privatposten, der Wirtschaftsweise des Postoffizienten-Verbandes, sowie verschiedene spezielle Wünsche postpolitischer Natur auf's Tapet. Staatssekretär v. Podbielski griff mehrmals in die Debatte ein, schlagfertig nach allen Seiten hin seine Erwiderungen abgebend. Bei der Abstimmung über den Commissionsantrag, das Gehalt des Staatssekretärs von 30,000 Mf. wieder auf 24,000 Mf. herabzuziehen, gelangte derselbe gegen die Stimmen der beiden conservativen Parteien zur Annahme. Debattlos wurden dann die weiteren Ausgabentitel des Post-Etats bis Tit. 16 angenommen. Am Sonnabend wurde die Etatsberatung durch die Erörterung anderer Vorlagen — Handelsvertrag mit dem Orange-Freistaat, Gesetz über die Aufhebung der Beamtencautionen, Novelle zum Brautweinsteuergesetz — unterbrochen.

Von der Chinasafari der Kreuzer „Deutschland“ und „Gefion“ kommt wieder einmal eine kurze Nachricht; sie befagt, daß die beiden Kreuzer am 1. Februar von der Insel Socotra nach Colombo (Ceylon) abgegangen seien.

Der Streik der deutschen Studenten und Techniker in Oesterreich ist nun doch allgemein geworden, infolgedessen die Vorlesungen an den beiden deutschen Hochschulen in Prag, an der Universität und am Polytechnikum in Wien und in Graz, an der Universität zu Innsbruck, an der Hochschule für Bodenkultur in Wien und an der Bergakademie zu Leoben eingestellt worden sind. In Wien kam es zu bösen Ausschreitungen der tschechischen Studenten gegen deutsche Studenten. Am Freitag fand in Wien ein Ministerrat statt, der sich mit der Studentenbewegung beschäftigte und beschlossen haben soll, strengste Maßnahme gegen eine weitere Verhinderung der Vorlesungen durch die Studenten zu ergreifen. Das Einfachste wäre es aber doch wohl, wenn die Regierung das Verbot des Farbentragens für die deutschen Studenten in Prag wieder aufhebe; diese Polizeimafazie hat ja überhaupt erst die ganze jähige Bewegung unter der deutschen akademischen Jugend in Oesterreich hervorgerufen. Im böhmischen Landtage haben die Junggesellen Herold und Vacal einen Gesetzentwurf ein gebracht, wonach Böhmen sprachlich ein untheilbares Ganze bilden und wonach das Tschechische im ganzen Lande völlig gleichberechtigt mit dem Deutschen in jeder Beziehung sein soll.

Prinz Heinrich von Orleans, der bekannte französische Africoreisende, hat in Paris auf einem Banket, das ihm zu Ehren auläufig seiner bevorstehenden Abreise nach Aegypten veranstaltet wurde, eine recht selbstbewußte und dabei herausfordernd gegenüber England klingende Rede gehalten. Er bezeichnete sich hierbei als den Organisator eines großen Aequatorialreiches, das gleichsam eine Militärgrenze und eine Art Pufferzone für Aegypten bilden sollte, eine Aufgabe, mit der er vom Negus Menelik überblümmt auf die Bestrebungen Frankreichs, in den Besitz des oberen Nilthales zu gelangen, hin, und bekundete die stolze Zufriedenheit, daß daselbst bald die französischen Fahnen wehen würden. Auch versicherte der Prinz nicht, an das französisch-russische Bündniß zu erinnern, das auf afrikanischem Boden bereits deutliche Erfolge gezeigt habe. Zuletzt sprach der Prinz von sich zusammenballenden dunklem Gewölk am Horizont und grossen Stürmen, meinte aber leichtherzig, das würde Frankreich nichts verschlagen. Zweifellos wird auf die Bankette des jungen Orleans eine scharfe Antwort von London her erfolgen.

Die mehrjährige Generaldebatte der italienischen Deputiertenkammer über die Vorlage, betr. die einstweilige Herabsetzung der Getreidezölle, endete am Freitag mit Annahme einer von der Regierung gutgeheissenen Tagesordnung. Dann ging die Kammer zur Einzeldiscussion über.

Schon wieder hat ein englisches Regierungsmittel eine Rede über die chinesische Frage gehalten. Diesmal war es der Schatzsekretär für Irland, Gerald Balfour,

Inserate, bei der weiten Verbreitung. Ol. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag, bis spätestens vormittags 9 Uhr aufzugeben. Preis für die gepaltene Corpuseule oder deren Raum 10 Pf. Inserate unter fünf Zeilen werden mit 50 Pf. berechnet (tabellarische und complicierte nach Übereinkunft).

„Eingeckt“ unter Strich 20 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Redatt.

der sich vor seinen Wählern in Leeds über dieses Thema verbreitete. Mr. Balfour erklärte, England halte an seinen Bedingungen für die chinesische Anleihe fest und versichert, England wünsche kein Gebiet in China zu erwerben, mit Ausnahme einiger „strategischen Punkte“. — Also doch einige strategische Punkte — hm hm!

In den Auseinandersetzungen zwischen England und China ist nach einer Pelinger Meldung noch immer kein Ergebnis erzielt worden.

Der amerikanische Ackerbauminister erklärte in dem am Freitag in Washington abgehaltenen Ministerrathe, Deutschland sei mit seinem Einfuhrverbot für amerikanisches Obst offenbar im Recht, da Obstsorten leicht übertragen werden könnten.

Lokales und Sächsisches.

Schandau. Im Gewerbeverein sprach am letzten Donnerstag Herr Dr. Pohlmeier, und der Ruf, der diejenigen bei uns schon längst in sehr gutem Audeken stehenden Redner vorangeht, hatte den Saal und auch das anglophane Zimmer des Lindenhotels wiederum dicht gefüllt. Herr Dr. Pohlmeier sprach über den ersten Theil von Goethe's Faust, den er er nicht nur eine Fortsetzung, sondern mehr eine Erweiterung und Vertiefung des zweiten Theils nannte. Neue Wahrheiten, große Probleme der Menschheitsentwicklung haben Generationen von Forschern darangeschöpft, Bücher voll Erklärungen sind darüber geschrieben worden und noch ist das Werk als Fundgrube neuer Ideen nicht erschöpft. Goethe, der sich von 1770 bis 1831, ein Jahr vor seinem Tode, also sechzig Jahre seines bedeutenden und arbeitsreichen Lebens damit beschäftigt hat, zeigt sich hier als gewaltiger Mensch, zur vollen geistigen Mannhaftigkeit herangereift. Die Idee seines Faust ist die Idee der Menschheitsentwicklung; Lebenszweck der Menschheit ist das Forschen nach Wahrheit, nach innerer und äußerer Vollkommenheit und ehrliche und treue Pflichterfüllung, wie auch Lessing die größte That der Menschen im Streben nach Wahrheit erblickt. Der Herr Redner warf einen kurzen Rückblick auf den ersten Theil, auf das Vorspiel im Himmel, auf den Pakt Fausts mit Mephistopheles, welch' leideter Faust Diener sein und dabei ihn zu Faulheit, Selbstgefälligkeit und Genuss zu verleiten versuchen will bis Faust durch das Wort „Verweile, Augenblick, Du bist so schön“, sein Leben verwirkt habe und in die Gewalt Mephistos gerathen sei. Am Ende des ersten Theils ist das mit Faust geschehen, aber: Ein guter Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges wohl bewußt". Fausts Buße, mit der der zweite Theil anfängt, besteht nicht im thatenlosen Jammer über das angerichtete Übel, sondern in der Gingabe an edle Ziele, in dem harten Kampfe mit seinen unedlen menschlichen Trieben und Leidenschaften. Wie schon früher aus dem ersten Theile, so recitirte der Herr Redner lange Abschnitte aus dem zweiten Theile, vielfach Stimmen und Charakter mehrerer gleichzeitig auftretender Personen genau auseinanderhaltend, mit großer Gewandtheit und schönem Ausdruck und knüpfte daran eingehende, klare Erklärungen über die auftretenden, oft allegorischen Gestalten und über die Zwecke, die Göthe mit dem Auftreten derselben verbunden habe. Des Raumes wegen ist es uns unmöglich, auf alle die scharfsinnigen, interessanten Auseinandersetzungen, Erklärungen und Deutungen einzugehen, mit denen Herr Dr. Pohlmeier seine Zuhörer zu fesseln und in ihren Klarheit und Theilnahme zu erweden wußte. Göthe will im Auftreten der Helene und ihrer Vermählung mit Faust andeuten, daß das griechische Schönheitsideal und die Pflege der Kunst nicht mehr im Besitz der Griechen bleiben können, da dieselben Schönheit und Kunst nicht mehr achten, sondern daß sie in den Besitz anderer Völker, der germanischen, übergehen werden, daß auch die Stellung des Weibes bei den Germanen eine viel höhere, würdigere sei als bei den Alten und daß deutsche Sprache und Gesang einen viel herzlicheren, schöneren Klang hätten als die der Griechen. Im Erscheinen und dem Tode Euphorions habe Göthe dem großen Dichtergenius Lord Byrons ein Ahnemodell sehen wollen. Die Trennung Helenas von Faust nach dem Tode Euphorions illustriert den Satz, daß Glück und Schönheit im Leben nicht vereint sei. — Durch seine Verhaftigung mit dem Schönen, durch den innigen Verkehr mit der Natur ist Faust für seinen höheren Lebenszweck weiter erzogen worden. Er sieht ihn in der sittlichen Thätigkeit, das Los seiner leidenden Mitmenschen zu verbessern. Nach dem er dem alten Kaiser aus Dankbarkeit gegen dessen Gegenfeuer den Thron gerettet, zieht er nach Norden an die Seeküste, um im Kampfe mit den gewaltigen Wogen des Meeres, welche Land und Leute zu verschlingen drohen, seine Kräfte zu messen, den Mächtigen zu helfen. Und hier arbeitet er auch noch nach seiner Erblindung fieberhaft weiter, um das große Werk zu Stande zu bringen. Als er aber die Vollendung im Geiste herannahen sieht und sich ausmalt, wie nun auf freiem Grunde ein freies Volk lebt, da meint er zum Augenblicke sagen zu dürfen: „Verweile doch! Du bist so schön. Im Vorgehüle von